

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI FREIBURG

WAHLPROGRAMM

**GEMEINSAM VORWÄRTS
FÜR FREIBURG**

STAATSRATSWAHLEN 2021

**KOLLEKTIV ERARBEITET IN GRUPPEN
VON BÜRGERINNEN UND BÜRGERN ZUSAMMEN
MIT JEAN-FRANÇOIS STEIERT, ALIZÉE REY,
VALÉRIE PILLER CARRARD**

SP



Einleitung

In den vergangenen Monaten haben die drei Kandidierenden der SP für den Freiburger Staatsrat, Jean-François Steiert, Alizée Rey und Valérie Piller Carrard, im Rahmen von thematischen Gesprächsgruppen die Ansichten aus der zivilen Gesellschaft ausgelotet. Bezweckt wurde damit das praxisbezogene Auffinden von innovativen Ideen für die Ausrichtung Freiburgs in der neuen Legislatur, an Hand der Vorschläge und Kritiken von Kennern der Materie für die verschiedensten Gebiete – der Arbeiterin oder des Pflegefachmanns, des Umweltspezialisten oder der Professorin... – sowie von Akteuren, die von der einen oder anderen Problematik betroffen sind. Die daraus gezogenen Impulse wurden in den 9 folgenden Themenbereichen zusammengefasst:

- Gesundheit und Lebensqualität
- Klima und Umwelt
- Sozialer Zusammenhalt und Gleichstellung
- Familienpolitik
- Erziehung und Bildung, Ausbildung und Forschung
- Kultur und Sport
- Mobilität
- Wirtschaft, Arbeit, Landwirtschaft
- Demokratie, Institutionen, Raumnutzung

Mit dieser Grundlagenarbeit konnten Problemkreise auf der entsprechenden Ebene erfasst werden, die als relevant für die Zukunft des Kantons Freiburg und seiner Bevölkerung erscheinen. Die Beiträge aus den reichhaltigen Gesprächen, die da mit den Teilnehmenden an den Gruppen geführt wurden, konnten die die drei von der SP portierten BewerberInnen um einen Staatsratssitz zu 80 konkreten Vorschläge zur Umsetzung in den kommenden Jahren verdichten. Die Ergebnisse aus diesem Prozess sind in den folgenden Seiten zu lesen.

Dieser Katalog aus 80 Massnahmen für ein gemeinsames Einwirken auf die Kantonspolitik entspricht den Zielsetzungen der Sozialdemokratischen Partei auf nationaler Ebene. Mehr soziale Gerechtigkeit anstreben bedeutet Einsatz für eine leistungsfähige soziale Sicherheit, einen effizienten Service public, eine Altersvorsorge im Zeichen von Würde, Nachhaltigkeit und Solidarität sowie auch eine ambitionierte Klimapolitik.



Gesundheit und Lebensqualität

Das schweizerische Gesundheitssystem hat zum Zweck zu garantieren, dass jede und jeder, unabhängig von Alter und Herkunft, auf effiziente und bezahlbare Gesundheitsleistungen zählen kann. Nun ist es aber so, dass die Prämien für eine zunehmende Zahl der Versicherten kaum mehr erträglich sind, und so vertieft sich der Bruch bezüglich der Behandlungen die den erkrankten Personen zur Verfügung stehen. Wir müssen jetzt dem mehr Solidarität ins System bringen: Mit einer gerechteren Finanzierung in der Grundversicherung, aber auch mit der Zugänglichkeit für alle von genügend Gesundheitsleistungen in der erforderlichen Qualität. Und dann ist auch die Prävention eines der besten Mittel, um den sozialen Ausschluss zu verhindern und der Verarmung Einhalt entgegenzuwirken.

Konkrete Massnahmenvorschläge

- Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger im Kanton einer Gesundheitsversorgung, die örtliche Nähe und Qualität verbindet. Dabei wären Entscheidungen zu treffen über das, was in der erforderlichen Qualität auf der regionalen oder kantonalen, resp. interkantonalen Ebene anzusetzen wäre – sowie über eine verbesserte Koordination zwischen dem stationären und dem ambulanten Bereich.
- Plafonierung der Prämienbelastung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung wie im Kanton Waadt bei 10% des Budgets eines Haushalts.
- Erhöhung der Mittel für die Krankenpflege für eine bessere Entlohnung des hoch qualifizierten Pflegepersonals, das dank stark erhöhten Beständen in der Covid-Zeit den Kontakt mit den Patientinnen und Patienten sicherstellen konnte.
- Verbessertes Angebot an Wohnmöglichkeiten für ältere Personen, wo diesen auch die erforderliche Pflege angedeihen kann, damit sie so lange wie möglich zu Hause bleiben können.
- Schaffung oder Unterstützung eines von Interessen unabhängigen Schalters für die Vermittlung aller notwendigen Informationen in Sachen Gesundheit und Krankenversicherung.
- Stärkung der Präventionsarbeit auf allen Ebenen: Ein gezieltes Investieren in diesem bisher unterdotierten Bereich bringt viel für die Betroffenen punkto Gesundheit und Lebensqualität, was auch die Gesundheitskosten reduzieren hilft.
- Im Gesundheitswesen investieren heisst auch die Lebensqualität fördern. Dies erfordert aber eine Betrachtung im Querschnitt, da ja die Politik bezüglich des öffentlichen Lebens in derart unterschiedliche Gebiete hineinspielt wie sie Lärm, Sicherheit im weitesten Sinn oder auch die natürlichen Erholungsräume darstellen.



In der Covid-Krise

Die Gesundheitskrise in den vergangenen anderthalb Jahren hatte schwerwiegende Konsequenzen für die Leute, menschlich und gesundheitlich wie auch wirtschaftlich. Auf welchem Weg auch immer das Problem gelöst werden soll, auf jeden Fall wollen wir nach dem Prinzip handeln, für das die SP sich seit dem Aufkommen der Krise stark macht: Niemand soll am Strassenrand zurückbleiben, es ist auf die Situation der besonders gefährdeten Personen zu achten. In den kommenden Monaten soll der Staat fortfahren in seinem Engagement für alle Opfer der Krise, in verstärktem Masse sogar. Dabei ist ein spezielles Augenmerk auf die ArbeitnehmerInnen auf den Gebieten der Restauration, der Kultur und des Tourismus zu richten.

Die Krise hat gezeigt, welche wichtige Rolle ein starker Staat spielen kann, wenn er über die Mittel verfügt, um solche Situationen zu meistern. Es hat finanzielle Unterstützungsmassnahmen gebraucht, und solche werden auch noch eine gute Weile notwendig bleiben. Dies geht nicht ohne den Erhalt einer auf Solidarität ausgerichteten Besteuerung, insbesondere mit dem Ertrag aus den direkten Steuern.

In diesem Zusammenhang ist dem Gesundheitspersonal in Anerkennung der schwierigen Bedingungen, unter denen es sich seit letztem Jahr für die Rettung von Menschenleben einsetzt, eine Aufwertung in seinen Arbeitsbedingungen zuzugestehen. Ausserdem sollte der Staat vermehrt den indirekten Folgen der Krise Aufmerksamkeit schenken (psychische Auswirkungen, schulische Probleme, Einsamkeit oder ausbleibende Kontakte, usw.)

Der Kanton sollte die positiven Entwicklungen, die sich aus der Krisenzeit ergeben haben, mit entsprechenden Massnahmen für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens nutzen, so namentlich die Stärkung des Zusammenlebens in verschiedensten Situationen, die Möglichkeiten vom Home Office als Mittel für eine bessere Abstimmung von Beruf und Privatleben, die Vorteile für eine sanfte Mobilität usw.)





Klima und Umwelt

Die Klimaerwärmung ist eine Tatsache. Deren Auswirkungen auf unseren Planeten und auf die Menschheit sind beunruhigend, und die menschlichen Aktivitäten haben einen massgeblichen Anteil an dieser Entwicklung. Für den Kanton, ebenso wie für die anderen Akteure, bedeutet dies, die Anstrengungen für eine Anpassung an die Auswirkungen der Erwärmung wie auch für eine Reduktion der CO₂-Emissionen massiv zu verstärken. Eine klare Ausrichtung in diesem Sinn muss eine Priorität für die Regierungstätigkeit darstellen, wenn wir uns vornehmen, den kommenden Generationen einen Planeten in mindestens gleich gutem Zustand zu übergeben, wie wir ihn von der Generation vor uns geerbt haben. Die heute vorgesehenen Mittel, um das Ziel einer Reduktion der CO₂-Emissionen um 50% bis 2030 eine CO₂-Neutralität in den Vorgängen bis 2050 zu erreichen, sind bei Weitem nicht ausreichend. Und so sollten die Mittel, über die der Staat verfügt, nicht an Steuer geschenke zu Gunsten der Reichsten gehen, sondern prioritär für die angestrebte Klimapolitik eingesetzt werden.



Konkrete Massnahmenvorschläge

- Schaffung eines kantonalen Aktionsplans für die Bestückung der Infrastrukturf lächen mit Solarpanels (Gebäude, Parkhäuser, Lärmschutzwände usw.).
- Verstärkte Investitionshilfe für Projekte, die gezielt das Bedecken von ganzen Dächern mit Solarpanels und den Ersatz von Heizungen mit fossilem Brennstoff durch eine Kombination von Sonnenergie und Wärmepumpentechnik vorsehen.
- Verstärkte Unterstützung an private Hausbesitzer und Unternehmen für Energiesanierungen an den Gebäuden.
- Ausbau des Angebots im öffentlichen Verkehr mitsamt Schaffung von neuen Infrastrukturen überall dort, wo dies für eine bedeutende Verkehrsverlagerung im Sinne einer weniger verschmutzenden Mobilität als nützlich erscheint.
- Verstärkte Akzentsetzung bei den Infrastrukturen für den Langsamverkehr. Dazu sind über die finanziellen Mittel hinaus auch die menschlichen Ressourcen bereitzustellen, die für die Realisierung der entsprechenden Projekte erforderlich sind.
- Lancierung eines breit angelegten Investitionsprogramms beim Immobilienpark des Staates zur energetischen Sanierung der Gebäude.
- Ausarbeiten eines Kantonalen Plans «Holz» mit dem Ziel einer systematischeren Nutzung des Holzes aus der Region sowohl als Baumaterial wie auch als Heizmittel.
- Vermehrt Mittel bereitstellen für die Revitalisierung von Gewässern, naturnahen Hochwasserschutz und Biodiversität.
- Bereitstellung der nötigen Ressourcen für die raschere Schaffung einer Koordination unter den Akteuren in der Wasserbewirtschaftung (Gemeinden, Umwelt, Landwirtschaft, Trinkwasserversorgung, Stromproduktion), jeweils für das betreffende nach Einzugsgebiet.



Sozialer Zusammenhalt und Gleichstellung

Die Gesundheitskrise, die wir durchmachen, hat in unserem Kanton die an sich schon vor der Pandemie existierende Prekarität nun in ein grelles Licht gestellt. Der Solidaritätsschwung, den es in der Bevölkerung dann gegeben hat, soll weiterbestehen und mit wirksameren Massnahmen der Sozialpolitik und einer gemeinsamen Lösungssuche unter allen betroffenen Akteure gestützt werden. Wie in anderen Kantonen der Westschweiz sollen Sozialhilfegelder nicht mehr zurückgefordert werden. Unser Weg soll über die Ausbildung und berufliche Wiedereingliederung führen, damit es für die Betroffenen möglich wird, aus einer Situation der Armut herauszukommen und wieder ein Leben in Würde zu führen.

Viele wagen es nicht, eine Hilfe zu beantragen, oder sie wissen nicht von der gebotenen Möglichkeit dazu. Es braucht eine besser zugängliche Information sowie präventives Vorgehen.

Auch soll mit einer kantonalen Wohnbaupolitik darauf hingearbeitet werden, dass ein Leben in Wohnungen von guter Qualität mit bezahlbarer Miete für alle möglich wird.

Ziel ist letztlich, dass wir für diesen Kanton eine gerechtere Gesellschaft erreichen, ohne Ausschlüsse und mit mehr Toleranz. Die Idee der Gleichberechtigung soll auf alle Bereiche ausgedehnt werden, alle Formen der Diskriminierung sind zu bekämpfen.

Konkrete Massnahmenvorschläge

- In einer grundsätzlichen Neuorientierung soll die Sozialhilfe nicht mehr rückzahlbar sein.
- Harmonisierung in der Sozialhilfe für eine einwandfreie Abwicklung sowie Stärkung der Rolle des Kantons bezüglich Ressourcen wie auch Abläufe in Zusammenarbeit mit den weiteren betroffenen Akteuren.
- Ausarbeitung von kantonalen Programmen für die Schaffung und Subventionierung von Strukturen mit sozialem und integrativem Auftrag, für Massnahmen der sozialen Eingliederung sowie Vermittlung von Grundausbildungen und Fortbildungen.
- Schaffung von Anlaufstellen in jedem Bezirk für Information und Orientierungshilfe bei allen sozialen Fragen mit dem Bedarf von dienststellenübergreifenden Lösungsansätzen.
- Zur Vermeidung des digitalen Notstands sind die Leistungen der Verwaltung persönlicher Präsenz aufrechtzuerhalten, ohne Mehrkosten, und es ist als Dienstleistung eine digitale Stützung anzubieten für Spezialfragen wie allgemein.
- Höhere Dotierung für den Kantonalen Beschäftigungsfonds zwecks Finanzierung von kantonalen Massnahmen, so etwa für die Jugendlichen im Rahmen der Massnahme «Zukunft 20-25» oder der Unterstützung für Arbeitslose im Alter ab 55 Jahren. Aufstellung einer kantonalen Wohnbaupolitik mit Förderung des genossenschaftlichen Wohnbaus für eine soziale Durchmischung sowie Schaffung von qualitativ gutem Wohnraum zu bezahlbaren Preisen.
- Stärkung der finanziellen Basis für das Gleichstellungs- und Familienfragenbüros als Mittel zu einer effizienteren Bekämpfung genderbezogener Diskriminierungen. Erweiterung von dessen Tätigkeitsfeld um die Problemkreise Homophobie und Transphobie sowie Schaffung eines Observatoriums für Ungleichheiten und Diskriminierungen.
- Sicherstellung einer ausgeglichenen Vertretung zwischen Frauen und Männern in der Verwaltung wie in den kantonsnahen Organisationen.
- Frei zugängliche und unentgeltliche Abgabe von Artikeln des periodischen Schutzes in den Schulen und Ausbildungseinrichtungen des Kantons.
- Schaffung eines Kompetenzzentrums «Frauen und Familie Freiburg» und Ausarbeitung einer ganzheitlichen und koordinierten Politik auf diesem Gebiet und Überwachung der Anwendung.





Familienpolitik

Ob «traditionell», in Trennung befindlich oder in Alleinerziehung funktionierend, ob mit einem Label wie «Patchwork» oder «Regenbogen», bei den Freiburger Familien herrscht grösste Vielfalt. Und alle sollen sie, ungeachtet von Status, Verlauf oder Vermögenslage, in unserer Gesellschaft ihren Platz finden können. Schon in den jüngsten Jahren sollen die Kinder die Möglichkeit zur Sozialisierung haben.

Es braucht allerdings eine Verbesserung der Bedingungen, um Berufs- und Familienleben in Einklang nebeneinander führen zu können. Gemäss dem Konzept der Kindertagesstätten als öffentlicher Dienst müssen deren Strukturen verstärkt werden, sie sollten auch für alle Familien zugänglich sein, vom Preis her wie vom Ort, unabhängig von der Wohngemeinde. Es darf nicht mehr so sein, dass die Frauen zwischen Mutterschaft und Beruf eine Wahl treffen müssen.

Ob durch den Migrationshintergrund bedingt, durch das Fehlen von Ausbildung oder sozialer Integration oder auch in Folge von Krankheit, auf jeden Fall ist die Armut in den Familien besorgniserregend. Eine bessere Unterstützung der Familien durch die Allgemeinheit tut not. Alle Kinder in unserem Kanton sollten unter anständigen Bedingungen aufwachsen können.

Konkrete Massnahmenvorschläge

- Gewährleistung der Gleichbehandlung für alle Familien, unter Beachtung namentlich der neuen Aufgabenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden, welche das Risiko einer Verschärfung der Unterschiede zwischen den Gemeinden in sich trägt.
- Anpassung des Angebots an Krippen- oder Tageselternplätzen nach den konkreten Bedürfnissen der Familien, mit Berücksichtigung auch des Arbeitsorts.
- Intensivierung des Angebots an Elternbildung (Kinderpflege, Elternberatung) und Unterstützung der entsprechenden Strukturen.
- Anerkennung eines Service-public-Charakters für die Kleinkinderbetreuung, d. h. Unentgeltlichkeit des Angebots oder Schaffung eines Systems von Gutscheinen für einen oder zwei Halbtage einer solchen Betreuung.
- Einführung eines Elternurlaubs als Voraussetzung für eine ausgeglichene Verteilung der Aufgaben bei der Geburt eines Kindes und Möglichkeit einer echten Wahl der Organisationsform für die Familien.
- Angebot an qualitativ guten, erschwinglichen und familiengerechten Wohnungen.
- Familienfreundliche Städtebauentwicklung mit Errichtung von Quartieren, die eine Durchmischung der Generationen begünstigen.
- Anerkennung der Rechte des Kindes in der Volksgemeinschaft und Einbezug der Kinder bei Konzepten der Gestaltung ihres Lebensraums.
- Unterstützung der Anstrengungen der Gemeinden für professionellere Begleitstrukturen bei den Jugendaktivitäten (SozialarbeiterInnen, MediatorInnen, Jugendzentrum).
- Stärkung der Strukturen für den Kinderschutz und Fördermassnahmen zu Gunsten von Kindern mit besonderen Bedürfnissen (Ausbau des Angebots in der Kinderbetreuung, Tageseltern-Strukturen, usw.).





Erziehung, Ausbildung und Forschung

Junge Menschen sollen mit intakten Chancen in die Wahl ihrer Ausbildung und ihres Berufs steigen können, und zwar unabhängig von Geschlecht, sozialem Niveau, kultureller Herkunft oder individuellen Gegebenheiten. Die Schule soll ihnen eine einwandfreie Grundausbildung garantieren und den Zugang zu einem hochwertigen System der Berufs- oder der akademischen Bildung ermöglichen. Niemand soll am Strassenrand zurückgelassen bleiben. Jeder und jede soll es zu einem Ausbildungsausweis der Sekundarstufe II beruflicher oder allgemeiner Ausrichtung schaffen können. Erziehung und Bildung sind als eine Investition zu betrachten, nicht als ein Kostenfaktor. Die Mittel, die für die Ausbildung eingesetzt werden, sollen allen zugutekommen, in der obligatorischen Schulzeit wie auch danach für das Studium oder die Berufslehre. Darüber hinaus umfassen sie die Forschung und die Hochschulausbildung, aber auch die Weiter- und die Fortbildung, welche entscheidend zum Erfolg von Umschulungen beitragen können, wenn wieder Grundkompetenzen erworben werden müssen.



Konkrete Massnahmenvorschläge

- Mit Blick auf die zu entwickelnden Integrationsmassnahmen sind zusätzliche Geldmittel bereitzustellen, um die Arbeit in gemischten Teams (mit Logopädie, sozialer Arbeit und Mediation) zu verstärken und so die Entwicklung der Kinder besser verfolgen zu können.
- Schaffung von Schul-SozialarbeiterInnen-Posten auf der Stufe der obligatorischen Schulzeit.
- Stärkung der Partnersprache mittels Schaffung zusätzlicher Anreize für Bilingue-Klassen und Förderung von Lernprojekten in Immersion. Eine besondere Förderung der Zweisprachigkeit bestände in einem Unterricht mit Klassenaustausch über die Sprachgrenzen innerhalb oder ausserhalb des Kantons (Movetia).
- Erstellung einer Studie über den Mangel an Kenntnissen im digitalen Bereich, die als Grundlage für eine Strategie gegen den sozialen Ausschluss der Betroffenen dienen kann.
- Unterstützung von Projekten im Sinne der Erziehung zu einem nachhaltigen Verhalten auf Ebene der Bildungseinrichtungen (obligatorische Schule, Sekundarstufe 2, Tertiärstufe).
- Unterstützung zwischen Ende der OS und dem Lehrabschluss EFZ/EBA für Jugendliche mit schulischen Schwierigkeiten, in Form von Übergangsmassnahmen oder einer Betreuung während der Dualausbildung (nach dem Muster des Waadtländer Programms FORJAD).
- Evaluation einer allfälligen Ausdehnung der obligatorischen Schulzeit bis Alter 18.
- Förderung der Bildungslandschaft flächendeckend im Kanton.
- Fortgesetzte Anstrengungen zur Aufwertung der beruflichen Ausbildung (Berufsberatung, Schnupperlehren, SwissSkills) und Unterstützung der Ausbildungsbetriebe.
- Erhöhung pro Bezüger der Beträge für die Ausbildungsstipendien.
- Weiterführung der Investitionen in unsere Hochschulen und Forschungsinstituten mit dem Ziel der Profilierung Freiburgs in einer Spitzenposition auf den Gebieten Industrie, Schaffung neuer Unternehmen und Neue Technologien.



Kultur und Sport

Kultur und Sport bilden einen regelrechten Kitt für das Zusammenleben in einer Gesellschaft. Sie können Leute von ganz verschiedener Herkunft zusammenbringen. Mit den Einschränkungen, die die Coronavirus-Pandemie gebracht hat, ist uns bewusst geworden wie tief im Menschen das Bedürfnis verankert ist, sich mit anderen zu treffen. Die Akteurinnen und Akteure des Kulturlebens haben besonders stark an dieser Krise gelitten. Es ist unerlässlich, sie jetzt zu unterstützen, will man eine schwere kulturelle Verarmung vermeiden.

Kultur und Sport nehmen darüber hinaus einen wichtigen Platz ein, weil durch sie Arbeitsplätze und Mehrwert entstehen. Ein Engagement der öffentlichen Hand ist da gefragt für eine Unterstützung der lokalen Anlässe in Kultur und Sport. Die Hilfe zu Gunsten der Kunstschaffenden und der Sporttreibenden in Freiburg muss vom Kanton als Priorität angegangen werden, ebenso auch die Unterstützung des künstlerischen Schaffens. Die Infrastrukturen für die kulturelle wie für die sportliche Tätigkeit sind entsprechend dem demografischen Wachstum anzupassen, und es gilt natürlich der Grundsatz, dass sie für jeden und jede zugänglich sein sollen.

Wie andere Sparten des gesellschaftlichen Lebens ist Sport für die Menschen meistens ein wichtiger Faktor des Wohlbefindens. Ob auf Amateurstufe praktiziert oder mit professionellem Anspruch, Sport bringt auf jeden Fall für den grösseren Teil der Bevölkerung eine willkommene Erholung. Man muss nicht um jeden Preis stets neue Champions finden, wichtig ist vielmehr, dass der ganzen Bevölkerung eine überzeugende Palette an sportlichen Tätigkeiten angeboten wird.

Konkrete Massnahmenvorschläge

- Anpassung des Kulturangebots mit vermehrter Zugänglichkeit (Preispolitik, Mobilität, kulturelle Vermittlung).
- Aufwertung der Arbeitsbedingungen bei den professionellen Akteuren im Kulturbereich.
- Festigung des Stellenwerts der Kultur als positiver Faktor für die Ausstrahlung des Kantons Freiburg.
- Stärkung der Verbindung zwischen der Schule und den Kreisen der Kultur.
- Schaffung eines kantonalen Fonds für die Stützung von kulturellen Projekten über Defizitgarantien.
- Schaffung von Leistungs-Schulklassen mit Spezialisierung auf Erziehung, Sport und Kultur, wie sie die Kantone Waadt und Bern kennen. In Freiburg würde diese über die Klubs des Elitesports laufen (Basketball, Volleyball, Schwimmen, Fussball, Eishockey, Leichtathletik u. dgl.).
- Schaffung neuer Stellen von SozialarbeiterInnen in den Quartieren zwecks Förderung der sportlichen Tätigkeiten insbesondere in Quartieren mit «Schlafstadt»-Charakter. Dies soll auch dem als Folge der Pandemie zu befürchtenden Trend zum Ausstieg aus den sportlichen Tätigkeiten entgegenwirken.
- Finanzielle Unterstützung für einen Ausbau der Sporteinrichtungen via Renovation oder Bau neuer Anlagen.
- Bessere Koordination unter den Regionen mit Blick auf die anzustrebende harmonische Entwicklung der Sportinfrastrukturen im Kanton Freiburg.
- Pflege des Schwimmsports für die Schuljugend wie auch für die Erwachsenen, da das Schwimmen eine der wenigen Sportarten ist, die auf jeder Altersstufe praktiziert werden kann.





Mobilität

Verglichen mit anderen Kantonen befinden sich im Kanton Freiburg öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr auf der Schattenseite der Mobilität, wenn auch in den letzten Jahren gewisse Fortschritte haben erzielt werden können. Aus Gründen des Klimaschutzes ebenso wie des langfristig verantwortlichen Umgangs mit den natürlichen Ressourcen drängt sich jedoch eine stärkere Priorisierung der sanften Mobilität mit einem grösseren Platz für den Öffentlichen Verkehr in den Massnahmen des Staates auf. Dadurch können sich die in den Zentren und den Agglomerationen lebenden Leute sich jeweils effizienter von A nach B bewegen, womit die vielfach weiterhin auf das Auto angewiesenen Einwohnern der Randregionen von flüssigeren Verkehrsverhältnissen profitieren können.

Konkrete Massnahmenvorschläge

- Mit nachhaltigen Massnahmen auf eine verstärkte Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel hinwirken.
- Systematische Einführung des Halbstundentakts auf allen grossen Achsen des Fernverkehrs per Bahn- und Bus und Viertelstundentakt für entsprechende Verbindungen innerhalb von Agglomerationen und siebeneinhalb-Minutentakt auf den grossen Buslinien in den Agglomerationen. In einer Zusammenarbeit zwischen Staat und Gemeinden sollten für eine bessere Verlässlichkeit dieser Verbindungen so rasch wie möglich die nötigen Infrastrukturarbeiten realisiert werden.
- Kantonsweite Schaffung von Knotenpunkten für den Austausch zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln (Park & Ride, Velostationen u. ä.) mit Blick auf die Bedürfnisse einer Bevölkerung, die in ihren Bewegungen im Alltag mehrere Verkehrsmittel verschiedener Art benutzt.
- Schaffung eines Instrumentariums mit dem Ziel einer Senkung der Preise im Öffentlichen Verkehr, insbesondere zu Gunsten von Jugendlichen, älteren Menschen, Familien und weiteren Personenkategorien, für die der Bedarf besteht. Der Grund dafür liegt bei den immer noch zu hohen Preisen des Öffentlichen Verkehrs im Vergleich mit anderen Verkehrsmitteln.
- Die allgemeine Erreichbarkeit aller der Grundversorgung im Service public dienenden Einrichtungen ist mittels einer bedarfsgerechten Infrastruktur der Mobilität zu gewährleisten.
- Beschleunigung bei der Umsetzung des Sachplans Velo in Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden, mit dem Ziel der Erstellung von sicheren und effizienten Velowegen bei einer Ausschöpfung kantonsweit des vorhandenen Potentials.
- Verstärkte Anstrengungen des Staates für die Ausbreitung der Glasfasertechnologie auf das gesamte Kantonsgebiet. Dies nicht nur wegen der Reduzierung der bei der Bevölkerung nicht beliebten Antennen, sondern auch wegen der Optimierung der Mobilität, die sich daraus ergibt, dass in Stadt und Land vermehrt gewisse Aufgaben mittels Fernmeldeverfahren verrichtet werden können.





Wirtschaft, Arbeit, Landwirtschaft

Die Wirtschaft muss im Dienste der Menschen stehen. In ihrem wirtschaftlichen Gefüge besteht Freiburgs Wirtschaft hauptsächlich aus KMUs. Für eine lokale, innovative und nachhaltige Produktion brauchen diese eine Unterstützung der öffentlichen Hand. Die Zusammenarbeit mit den im Kanton niedergelassenen Hochschulen ist zu verstärken, damit neue Technologien entwickelt und Arbeitsplätze geschaffen werden können und dem Bedarf der Industrie an qualifiziertem Personal entsprochen werden kann.

Unsere Wirtschaft muss vielfältige Arbeitsplätze schaffen, für die bei korrekten Arbeitsbedingungen jeder und jede seine Autonomie behalten und seinen Platz in der Gesellschaft einnehmen kann. Und schliesslich muss unser landwirtschaftliches Erbe erhalten bleiben, was mit einer grösseren Nähe zur Natur, einem verstärkten Respekt für die Umwelt und mehr Nachhaltigkeit, lies kürzere Kreisläufe, zu erreichen sein wird.



Konkrete Massnahmenvorschläge

- Einführung eines Minimallohns: bloss 50% der LohnempfängerInnen im Kanton Freiburg stehen unter dem Schutz eines Gesamtarbeitsvertrags. Mit einem kantonalen Minimalansatz soll für alle eine gewisse Garantie gegen die Prekarität der arbeitenden Bevölkerung geboten werden.
- Sicherung der Lohngleichheit mittels einer Anpassung der Gesetzgebung (BAMG/BAMR), welche unabhängig von der Grösse der Unternehmen die Durchführung von Kontrollen und das Sanktionieren bei Vorliegen einer Lohnungleichheit ermöglichen soll. Parallel dazu soll auf Kantonsebene eine Kampagne zur Förderung der Lohngleichheit lanciert werden.
- Ermutigung zum Abschluss von Gesamtarbeitsverträgen in den Branchen, wo keine solche besteht, etwa den Pflegeheimen, Diensten für die Pflege zu Hause oder Kliniken sowie im Detailhandel.
- Schaffung eines Systems mit Weiterbildungsgutscheinen und einer Unterstützung an die Fortbildung der Arbeitnehmenden für die ganze Zeit, in der sie im Arbeitsprozess stehen. Damit ist auch sichergestellt, dass ihnen die Kompetenzen vermittelt worden sind, die den Bedürfnissen der Wirtschaft entsprechen, und für sie selber auch der digitale Notstand vermieden werden kann.
- Öffentliche Märkte: Definition von positiven Kriterien für den Zuspruch (Lohngleichheit, Nachhaltigkeit) zum Vorteil unserer lokalen Unternehmen, soweit sie auch eine integrierende Wirkung haben und eine Ausbildungsrolle wahrnehmen.
- Verminderte Abhängigkeit der Landwirte von den Grossverteilern durch eine Begünstigung der kurzen Kreisläufe und durch Unterstützung der Verarbeiter, die in kleinen Dimensionen und vorzugsweise mit regionalen Modellen operieren.
- Der Klimawandel wird die landwirtschaftliche Produktion zunehmend erschweren. Es muss ein solidarisches System für die Landwirtschaft aufgebaut werden, etwa mit der Schaffung einer speziellen Versicherung oder einer Hilfe für die Bäuerinnen und Bauern bei Witterungsschäden.
- Unternehmensbesteuerung: Die Steuersätze für die Unternehmen sind auf das von der G20 vorgesehene internationale Minimalniveau auszurichten. Unter den Westschweizer Kantonen soll hierfür eine gemeinsame Strategie verfolgt werden.



Demokratie und Institutionen, Raumnutzung

Unsere Demokratie muss integrativer werden, besser auf die Gleichgewichte achten und mehr auf Teilnahme und Teilhabe setzen. Die gegenwärtige Krise hat gezeigt, dass viele in der Bevölkerung den Willen haben, für das Wohl der Allgemeinheit ihre Zeit und ihre Kraft einzusetzen. Wenn dazu Raum geschaffen und die nötigen Mittel zugestanden werden und ausserdem gewisse politische Rechte ausgedehnt werden, kann eine optimale Fokussierung auf die Einwohnerinnen und Einwohner dieses Kantons stattfinden.

Es ist eine berechtigte Forderung der Bevölkerung, dass sie bezüglich der Aufgaben und der Leistungen des öffentlichen Dienstes eine bessere Kontrolle erwartet.

Es ist per Saldo wichtig, dass die Bedürfnisse der Bevölkerung weiterhin durch bürgernahe Gemeindebehörden wahrgenommen werden und in den Regionen des Kantons eine Entwicklung stattfindet, die ihre spezifischen Charaktere berücksichtigt.

Konkrete Massnahmenvorschläge

- Paritätische Gewichtung der Listen bei den Wahlen, mit mindestens 40% von Kandidierenden von jedem Geschlecht und einer Berücksichtigung der Minderheiten.
- Aufnahme ins kantonale Budget von gemeinnützigen Projekten, die auf Teilnahme der Bevölkerung beruhen.
- Bessere Verankerung der politischen Bildung in die Schulprogramme.
- Ausdehnung der politischen Rechte auf Ausländer mit Bewilligung C sowie Gewährung des Stimmrechts ab Alter 16.
- Verbot der Entrichtung von Geldbeträgen für die Unterschriftensammlungen.
- Verstärkte Unterstützung der TrägerInnen politischer Funktionen mit der Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Ausbildung der Gewählten und der Schaffung eines Systems mit Mentorat oder mit Gewährspersonen mit politisch-administrativer Erfahrung auf Gemeindeebene.
- Förderung der Nutzung von Synergien innerhalb der Bezirke und über die Bezirksgrenzen hinaus sowie Förderung der Gemeindefusionen mit einer substantielleren Finanzhilfe des Kantons.

